



SOZIALDIENST
MUSLIMISCHER FRAUEN

Muslimische
Wohlfahrt
voranbringen

Frauen stärken, Gesellschaft verändern

Forderungen des muslimischen Wohlfahrtsverbands

SmF-Bundesverband

Inhalt

| | |
|--|---|
| Einführung..... | 3 |
| Muslimische Wohlfahrt stärken – Wahlfreiheit sichern..... | 4 |
| Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in muslimischer Trägerschaft fördern | 4 |
| Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben | 4 |
| Antimuslimischen Rassismus bekämpfen..... | 5 |
| AGG-Reform – Antidiskriminierung stärken..... | 5 |
| Bildungsgerechtigkeit fördern – Diskriminierung in Schulen bekämpfen | 6 |
| Demokratie Schützen und entschlossenes Handeln fördern | 6 |
| Sozialen Wohnungsbau ausbauen – Isolation verhindern..... | 6 |
| Zugang zu Integrationskursen erleichtern..... | 7 |
| Ehrenamt stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern..... | 7 |
| Gesundheitsversorgung verbessern | 7 |
| Schwangerschaftsberatung für alle sicherstellen - muslimische Träger inkludieren | 8 |
| Opfer weiblicher Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C) besser schützen | 8 |

Einführung

Zur Bundestagswahl 2025 hat der SmF-Bundesverband bereits 180 Forderungen an die demokratischen Parteien formuliert (<https://smf-verband.de/sozialdienst-muslimischer-frauen-fordert-umfassende-politische-reformen/>). Wir erwarten eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, Vielfalt fördert und gezielte Reformen in den Bereichen Bildung, Digitalisierung, Migration, Wirtschaft und Soziales vorantreibt.

Die aktuellen Forderungen des SmF-Bundesverbands richten sich an die neue Bundesregierung und beziehen sich auf die Förderung von Frauenberatungsstellen und Frauenschutzhäusern in Trägerschaft muslimischer Organisationen.

Als muslimische Wohlfahrtsorganisation wenden wir uns an die neue Regierung, um die Stimmen der muslimischen Bevölkerung hörbar zu machen. Wir fordern, als gleichberechtigte Bürger*innen anerkannt zu werden und auf strukturelle Benachteiligungen hinzuweisen, die unsere Gesellschaft spalten. Demokratie lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement – wir sind Teil der Lösung und wollen unsere Ansätze in die Politik einbringen.

Ayten Kılıçarslan



Bundvorsitzende

1. Muslimische Wohlfahrt stärken – Wahlfreiheit sichern

Muslimische Wohlfahrtsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in der sozialen Integration. Dennoch fehlen ihnen langfristige Förderstrukturen. Wir fordern eine gezielte Unterstützung muslimischer Träger im sozialen Bereich, um die Wahlfreiheit der Bürger*innen sicherzustellen.

Muslimische Selbstorganisationen müssen als gleichwertige Partner in das Fördersystem aufgenommen werden. Hürden bei der Antragsstellung müssen abgebaut und Förderprogramme angepasst werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe sicherzustellen. Besonders in der Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe und Empowerment sind die Einbindung muslimischer Träger überfällig.

2. Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in muslimischer Trägerschaft fördern

Muslimische Frauen finden oft keine passgenauen Anlaufstellen in staatlich geförderten Beratungsstellen. Wir fordern daher die Einbindung muslimischer Frauenorganisationen in den Gewaltschutz.

Ein bedarfsgerechtes Hilfesystem muss geschaffen werden, das Wahlfreiheit für Betroffene garantiert. Muslimische Selbstorganisationen sollen als neue Träger von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen anerkannt und gefördert werden.

3. Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben

Obwohl die Gleichstellung in Deutschland Fortschritte gemacht hat, bestehen weiterhin strukturelle Benachteiligungen, insbesondere für Frauen mit mehrfachen Diskriminierungserfahrungen. Um dies zu ändern, braucht es gezielte Förderprogramme für benachteiligte Menschen, insbesondere für muslimische und migrantische Frauen.

Wir fordern Maßnahmen zur besseren Sichtbarkeit muslimischer Frauen in Politik, Wirtschaft und öffentlichem Dienst. Muslimische Frauenorganisationen müssen

strukturell gestärkt werden, um als Vermittlerinnen und Unterstützerinnen zu wirken. Zudem sind präventive Maßnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration notwendig. Männer und Väter müssen aktiv in die Sorgearbeit eingebunden werden. Es braucht zielgruppenspezifische Programme, die sie für Gleichstellung und feministische Ziele sensibilisieren.

4. Antimuslimischen Rassismus bekämpfen

Antimuslimischer Rassismus hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Anschläge in Hanau, Halle und München zeigen, dass dieser Hass tödlich enden kann. Besonders muslimische Frauen mit Kopftuch sind überproportional betroffen.

Wir fordern die konsequente Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit. Verbote religiöser Bekleidung, die gezielt muslimische Frauen diskriminieren, müssen abgeschafft werden. Der Staat muss seine Neutralität wahren und aktiv gegen die Diskriminierung von Muslim*innen vorgehen.

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) sollte ausgebaut und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

5. AGG-Reform – Antidiskriminierung stärken

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) weist erhebliche Lücken auf. Wir fordern eine umfassende Reform, um Diskriminierungsschutz zu verbessern. Öffentliche Institutionen müssen in den Geltungsbereich des AGG aufgenommen werden, um Diskriminierung durch Behörden zu verhindern.

Zielgruppenspezifische Antidiskriminierungsberatungsstellen müssen gesetzlich verankert und muslimische und migrantische Selbstorganisationen aktiv in diese Strukturen eingebunden werden.

6. Bildungsgerechtigkeit fördern – Diskriminierung in Schulen bekämpfen

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Studien zeigen jedoch, dass migrantische Kinder benachteiligt werden – sei es durch Vorurteile von Lehrkräften oder strukturelle Barrieren.

Wir fordern Maßnahmen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt im Bildungssystem. Die Vielfalt der Lehrkräfte muss gestärkt werden, und Lehrpläne sollten die Realität einer pluralen Gesellschaft widerspiegeln. Zudem braucht es bessere politische Bildung an Schulen, um demokratische Werte und Zusammenhalt zu fördern.

7. Demokratie Schützen und entschlossenes Handeln fördern

Rechtsradikalismus und Rassismus spalten die Gesellschaft und bedrohen den sozialen Frieden. Besonders muslimische Bevölkerung ist von Diskriminierung betroffen, was Angst und Unsicherheit schürt und die gesellschaftliche Teilhabe einschränkt.

Wir fordern wirksame Maßnahmen gegen Desinformation, Hass und Hetze – besonders in digitalen Medien. Politische Bildung schützt vor Manipulationen und soll für alle zugänglich sein. Insbesondere für Frauen, Jugendliche und neue Bürger*innen sollen niedrigschwellige Angebote durch zielgruppennahe Organisationen installiert werden.

8. Sozialen Wohnungsbau ausbauen – Isolation verhindern

Bezahlbarer Wohnraum ist essenziell für soziale Integration. Der soziale Wohnungsbau muss gestärkt und auf die Bedürfnisse von Mehrgenerationenhaushalten, kinderreichen Familien und Senior*innen ausgerichtet werden. Wir fordern Anreize für den Bau barrierefreier, familienfreundlicher Wohnungen und die Nutzung leerstehender Immobilien für soziale Projekte. Zusätzlich sollen staatlich geförderte Wohnprojekte gezielt gegen Diskriminierung wirken.

9. Zugang zu Integrationskursen erleichtern

Sprach- und Integrationskurse sind der Schlüssel zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe. Der Zugang dazu muss erleichtert und mehr Träger zugelassen werden, insbesondere in ländlichen Regionen.

Muslimische Organisationen sollten als Träger für Migrationsberatungsstellen und Integrationskurse anerkannt werden. Zudem müssen digitale Angebote ausgebaut werden, um allen Gruppen den Zugang zu erleichtern.

10. Ehrenamt stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule der Gesellschaft. Muslimische und migrantische Selbstorganisationen leisten hier wertvolle Arbeit, werden aber oft nicht ausreichend unterstützt.

Wir fordern eine verstetigte Förderung erfolgreicher Programme wie „Menschen stärken Menschen“ und eine Erhöhung der steuerfreien Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche.

11. Gesundheitsversorgung verbessern

Rassismus und Diskriminierung im Gesundheitswesen beeinträchtigen die Gesundheitschancen vieler Menschen. Wir fordern gezielte Maßnahmen, um den Fachkräftemangel durch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu bekämpfen und eine diversitätswirksame Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Zugang zu Verhütungsmitteln muss unabhängig vom Einkommen gewährleistet sein, und sexualpädagogische Angebote sollten stärker in die Zielgruppenarbeit integriert werden.

12. Schwangerschaftsberatung für alle sicherstellen - muslimische Träger inkludieren

Frauen müssen bei Schwangerschaften unabhängig von ihrer Entscheidung unterstützt werden. Die Beratungslandschaft muss plural und niedrighschwellig gestaltet werden. Muslimische Träger sollen als neue Anlaufstellen eingebunden werden.

Kultur- und religionssensible Beratungsangebote muslimischer Organisationen sollten gefördert werden, um den Zugang für alle sicherzustellen.

13. Opfer weiblicher Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C) besser schützen

Von FGM/C sind religionsübergreifend viele Frauen bestimmte Geografien betroffen. Mangels Expertise werden die gesundheitlichen und psychischen Folgen von FGM/C, unterschätzt, was zu falschen Asylentscheidungen und schlechte gesundheitliche Versorgung führt. Denn rekonstruktive Eingriffe werden oft nicht von Krankenkassen übernommen, und Fachzentren sind rar. Frauen aus FGM/C-praktizierenden Ländern erhalten oft nur dann Schutzstatus, wenn ihre Töchter gefährdet sind, während ihre eigene Gefährdung ignoriert wird. Zudem werden FGM/C-bedingte Erkrankungen nicht als Pflegebedarf anerkannt.

In Asylverfahren und Schulung von BAMF-Mitarbeitenden sollen daher spezialisierter Ärztinnen verpflichtet eingebunden werden. Die Kosten rekonstruktiver Eingriffe und Ausbau von Fachzentren sollen vollständig übernommen und die Anerkennung der Gefährdung durch FGM/C als eigenständiger Asylgrund – unabhängig von Kindern anerkannt werden.

FGM/C-bedingten Schäden sollen durch medizinischen Dienst als Pflegebedarf anerkannt werden.